

COP26 ZEITZU HANDELN!

Klimadelegation e.V.

Klimadelegation e.V. ist eine deutsche Jugend-Klima-NGO. Als eine Stimme der jungen und zukünftigen Generationen fordern wir globale und intergenerationale Klimagerechtigkeit! Wir sind akkreditiertes Mitglied der offiziellen internationalen Jugendvertretung YOUNGO (Youth NGOs), Mitglied im Climate Action Network (CAN) Europe und in der Klima-Allianz Deutschland. Unsere Beobachter der Zivilgesellschaft setzen sich seit fast 10 Jahren auf den Klimakonferenzen der Vereinten Nationen für ambitionierte Klimapolitik ein. In Vorbereitung auf die Weltklimakonferenz 2021 in Glasgow (COP 26) richten wir die folgenden Ratschläge und Forderungen an Entscheidungsträger:innen, Medien und Presse, die breite Öffentlichkeit und die Klimabewegung für eine gute Zukunft der Menschheit und des Lebens auf Planet Erde.

Unsere Perspektive Wir können unsere Forderungen nur aus einer westlichen und Weißen Perspektive formulieren, obwohl wir nach ganzheitlicher Klimagerechtigkeit streben. Unser Verein steht in Solidarität mit BIPoC und Menschen aus dem Globalen Süden. Bitte lesen Sie nicht nur unsere Forderungen, sondern vor allem auch die von vulnerablen und marginalisierten Gruppen - zumal Klimagerechtigkeit ein Konzept ist, das seinen Ursprung in den Bewegungen des Globalen Südens hat! Bei der Erstellung dieses Positionspapiers haben wir einen Konsultationsprozess mit Jugendlichen aus der ganzen Welt durchgeführt, insbesondere aus Ländern des Globalen Südens. Dieser Prozess verfolgte den Zweck so weit wie möglich sicherzustellen, dass unsere Inhalte und Positionen nicht im Widerspruch zu den Überzeugungen und Forderungen gefährdeter und marginalisierter Gruppen stehen oder ihnen schaden.

Als deutsche Jugend-Klima-Organisation erwarten wir insbesondere von der Bundesregierung und der Europäischen Union (EU) Rechenschaft für ihr bisheriges und aktuelles Handeln. Während die Klimakrise kollektives Handeln erfordert, müssen insbesondere reiche Staaten mit hohen historischen und aktuellen Emissionen ihren fairen Anteil im Inland und Ausland leisten. Wir fordern die EU und Deutschland auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden! Deutschland sollte seine politische Macht innerhalb der EU nutzen und im Hinblick auf die COP26 eine Vorreiterrolle übernehmen. Das bedeutet: Deutschland muss endlich (wieder) Vorbild im Klimaschutz werden.

Inhaltsverzeichnis

Zentrale Prinzipien		4
1	Es ist Zeit zu Handeln – COP26 ist der richtige Ort dafür!	4
2	Es gibt keine Klimagerechtigkeit ohne soziale und intergenerationale Gerechtigkeit!	4
Zentra	le Forderungen	5
1	Langfristige Ziele und Erhöhung national festgelegte Beiträge (NDC)	5
2	Anpassung	7
3	Verluste und Schäden (L&D)	Ĉ
4	Klimafinanzierung	10
5	Artikel 6	12
6	Aktion für Klima-Empowerment (ACE)	13
7	Gender	15
8	Lokale Gemeinschaften und indigene Völker	16
9	Angelegenheiten der Least Developed Countries (LDC)	16
10	Zugänglichkeit und Inklusivität der Klimaverhandlungen	17
11	Internationale Klimaprozesse nach 2021	17
Quellenverzeichnis		19
Impressum		20

Zentrale Prinzipien

Zentrale Prinzipien

1 Es ist Zeit zu Handeln – COP26 ist der richtige Ort dafür!

Entscheidungen sind dringender denn je, da die Klimakrise bereits heute lebensgefährlich ist. Bei einem "Weiter so" schätzt der Weltklimarat (IPCC 2021), dass die versprochene Grenze von idealerweise 1.5 °C bzw. deutlich unter 2°C schon 2040 erreicht sein wird - eine existenzielle Bedrohung für jede Region der Welt. Aber es ist nicht zu spät, wenn politischer Willen und politisches Handeln die Treibhausgasemissionen (THG) jetzt entschieden senken!

- Wir fordern, dass Staaten, die das Pariser Abkommen unterzeichnet haben, ihre Verpflichtungen einhalten und die globale Erwärmung auf 1.5 °C begrenzen.
- Die Vertragsparteien der COP26 sind dafür verantwortlich, Konsens für einen gerechten und ganzheitlichen Emissionspfad zu finden, der im Jahr 2050 globale Kohlenstoff-Neutralität erreicht. Dafür müssen die Vertragsparteien Hand in Hand mit Beobachtergruppen arbeiten.
- Wir fordern von der deutschen Bundesregierung und der Europäischen Union (EU) Rechenschaft über ihr bisheriges und gegenwärtiges Handeln.
- Deutschland muss angesichts seiner Emissionen und politischen Macht endlich Vorbild in der Klimapolitik werden und seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen auf der COP26 und darüber hinaus.

2 Es gibt keine Klimagerechtigkeit ohne soziale und intergenerationale Gerechtigkeit!

Unser Ziel ist eine klimagerechte Welt, die nicht nur eine drastische Emissionsreduktion für verursachende Länder und finanzielle Unterstützung für betroffene Länder beinhaltet, sondern auch eine Neustrukturierung von Reichtum und Ressourcen, das Ende von neokolonialer Ausbeutung, Unterdrückung und ungleichen Machtverhältnissen. Es gibt keine Klimagerechtigkeit ohne Generationenund Geschlechtergerechtigkeit.

- Wir fordern, dass Entscheidungsträger:innen die Ungerechtigkeiten auch zukunftsgewandt mit Blick auf kommende Generationen auflösen.
- Wir fordern, dass der Globale Norden seiner Verantwortung für schnellere und stärkere Minderung gerecht wird, die auf seiner CO2-intensiver Wirtschaft beruht, sowie auf seiner Geschichte von Kolonialismus und Ausbeutung.
- Wir fordern, dass Entscheidungsträger:innen die Ungerechtigkeiten zwischen und innerhalb von Ländern, welche die Klimakrise verschärft, auf Grundlage demografischer Merkmale anerkennt.
 - Wir fordern, dass die Entscheidungsträger:innen folgende Grundsätze als Eckpfeiler ihrer politischen Entscheidungen und Verhandlungen wählen:

- Proportionale **Repräsentation** von Menschen, die von struktureller und intersektioneller Diskriminierung betroffen sind
- Differenzierte **Priorisierung** der Bedürfnisse und Forderungen von Menschen und Regionen, die am stärksten von der Klimakrise betroffen (MAPA) und von struktureller Ausbeutung benachteiligt sind
- Klimapolitik sollte Gerechtigkeit, auch zwischen den Generationen, fördern und neokolonialer Ausbeutung sowie hierarchischen Nord-Süd-Beziehungen und Abhängigkeiten entgegenwirken.
- Solidarität zwischen Regionen und Generationen Finanzielle und soziale textbfVerantwortung von groß emittierenden Ländern (Verursacherprinzip und Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung)
- textbfWissenschaft und insbesondere die Berichte des Weltklimarats (IPCC)
- Diverse **Perspektiven** in der wissenschaftlichen Analyse; neben der westlich geprägten Wissenschaft auch indigenes und lokales Wissen
- Zur Bewältigung multipler komplexer Krisen sollte die Politikgestaltung einem ganzheitlichen Ansatz folgen, d. h. die ökologische, tierische und menschliche Gesundheit gemeinsam berücksichtigen sowie die globale Zusammenarbeit und Kooperationen fördern.

Zentrale Forderungen

1 Langfristige Ziele und Erhöhung national festgelegte Beiträge (NDC)

Kontext: Die Vertragsparteien haben sich im Rahmen der globalen Bestandsaufnahme geeinigt, auf der COP26 ihre NDCs zu erhöhen. Bislang haben viele Länder ihre NDCs nicht aktualisiert oder ihre Ziele nicht erhöht. "Daher müssen die Staaten ihre Klimabemühungen dringend verdoppeln, wenn sie verhindern wollen, dass der globale Temperaturanstieg über das Ziel des Pariser Abkommens von deutlich unter 2 °C - idealerweise 1.5 °C" (UNFCCC 2021b) reicht.

Keine leeren Ziele mehr!

- Wir fordern, dass sich die Vertragsparteien auf eine schlüssige und transparente Definition des Begriffs "Netto-Null" und des Umfangs der Emissionsreduzierungen einigen (welche Gase, welche Sektoren, wann sie erreicht werden sollen, welcher Ansatz: Reduzierung, Entfernung oder Ausgleich).
- Wir fordern, dass die Netto-Null-Ziele alle Sektoren und Gase umfassen sollten, insbesondere auch die externen Emissionen aus dem Luft- und Schiffsverkehr.
- Die Vertragsparteien sollten außerdem verpflichtet werden, anzugeben, auf welcher Grundlage sie ihre langfristigen Ziele für angemessen und gerecht halten.
- Wir fordern die Vertragsparteien auf, konkrete Schritte, Umsetzungspfade und Zwischenziele zur Erreichung von Netto-Null zu skizzieren.

Wir fordern die Vertragsparteien auf, dafür zu sorgen, dass die Verpflichtungen rechtsverbindlich, regelmäßig überprüft und transparent sind und mit der nationalen Politik in Einklang stehen.

Globale Bemühungen reichen noch lange nicht aus

- Wir fordern von allen Unterzeichnern des Pariser Abkommens neue und aktualisierte NDCs, die mit der 1,5-Grenze vereinbar sind und die langfristigen Ziele erfüllen.
- Wir fordern ehrgeizige Ziele, insbesondere von den historischen und aktuellen Großemittenten, um endlich ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Vollständigkeit der NDCs

- Wir fordern, dass die NDCs klare Hinweise auf die Anpassungsbemühungen der Länder, Maßnahmen zum Aufbau von Widerstandsfähigkeit und Aktionen zur Unterstützung von Anpassung, Verlust und Schäden in Entwicklungsländern enthalten.
- Wir fordern, dass die NDCs die Vorteile der Anpassung an den Klimawandel einbeziehen und auf die Erzielung von Finanzströmen verweisen, die mit einem Weg zu niedrigen Treibhausgasemissionen und einer klimaresistenten Entwicklung vereinbar sind.
- Wir fordern die Vertragsparteien auf, klare Verbindungen zwischen den in den NDCs dargelegten Maßnahmen und anderen politischen Dokumenten und Strategien herzustellen.
- Wir argumentieren auf der Grundlage von Art. 2 des Pariser Abkommens, dass die NDCs klare Hinweise darauf geben sollten, wie sie das Pariser Abkommen auf der Grundlage der Prinzipien der Gerechtigkeit und der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten und der jeweiligen Fähigkeiten (CBDRRC) umsetzen wollen.

Die NDCs der EU

- Wir fordern die EU auf, ihr NDC so anzupassen, dass es ihren fairen Anteil an den globalen Anstrengungen widerspiegelt und mit dem Grenzwert von 1.5 °C übereinstimmt, der überdacht und begründet werden muss.
- Wir fordern, dass alle Mitgliedsstaaten der EU das Programm "Fit für 55%" in ihre nationale Politik umsetzen.
- Wir unterstreichen, dass die EU-Emissionsreduktionspfade viel steiler sein müssen, um mit dem Prinzip der Klimagerechtigkeit vereinbar zu sein, um globale Ungleichheiten zu mildern.
- Wir fordern die deutsche Regierung auf, ausreichende politische Maßnahmen zu ergreifen, um den Grenzwert von 1.5 °C zu erreichen.
- Wir fordern die deutsche Regierung auf, innerhalb der EU und für alle "großen Emittentenländer" eine Führungsrolle zu übernehmen, insbesondere in ihrer Rolle als G7-Präsidentschaft im Jahr 2022, um einen radikalen Wandel hin zu mehr Klimaschutz voranzutreiben.

Gemeinsame Fristen für NDCs

Wir fordern, dass sich die Vertragsparteien auf einen einmaligen, fünfjährigen, gemeinsamen Zeitrahmen für die Umsetzung der NDCs einigen.

Globale Bestandsaufnahme (GST)

Wir fordern, dass überparteiliche Interessengruppen und Beobachterorganisationen in größerem Umfang am GST teilnehmen können: Sie sollten die Möglichkeit haben, Beiträge zu leisten und in die nachfolgenden Diskussionen einbezogen werden (see Climate Action Network 2021b).

- Wir fordern, dass Beiträge zum GST zumindest in allen UN-Sprachen akzeptiert werden.
- Wir fordern, dass der GST nicht nur aus quantitativen, sondern auch aus qualitativen Beiträgen, Best Practices, Lessons Learned, Erfolgsgeschichten und Lücken bestehen soll.
- Wir fordern eine Aufstockung der finanziellen und personellen Kapazitäten des Sekretariats, um den Prozess umfassender und unterstützender zu begleiten.

Praktische Schritte zu ehrgeizigeren NDCs

- Wir fordern, dass die Netto-Null-Ziele alle Sektoren und Gase einschließen sollten, insbesondere die externen Gase aus dem Luft- und Schiffsverkehr.
- Wir fordern, dass alle Länder ihre Pläne für den Bau von Kohlekraftwerken sowie für neue Gaspipelines sofort aufgeben müssen.
- Wir fordern, dass die weltweiten Kohleemissionen im Jahr 2020 ihren Höhepunkt erreichen, der weltweite Kohleeinsatz bei der Stromerzeugung bis 2030 um 80 % unter das Niveau von 2010 sinken muss, alle OECD-Länder, einschließlich Deutschland, bis 2030 vollständig aus der Kohlenutzung aussteigen und alle Kohlekraftwerke bis spätestens 2040 abgeschaltet werden müssen (see Yanguas Parra u. a. 2019: 3).

2 Anpassung

Kontext: Die Notwendigkeit der Anpassung an die Klimakrise ist überall gegeben, aber lokal unterschiedlich. Das Globale Anpassungsziel (GGA) zielt darauf ab, weltweit die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen, die Anfälligkeit zu verringern und die Anpassung zu gewährleisten; das Adaptation Committee legt derzeit fest, wie die Fortschritte auf dem Weg dorthin zu überwachen und zu bewerten sind (M&E). Das Nairobi-Arbeitsprogramm (NWP) zielt darauf ab, alle Länder und insbesondere die Entwicklungsländer (vor allem die am wenigsten entwickelten Länder und die kleinen Inselstaaten) dabei zu unterstützen, ihr Verständnis von Auswirkungen, Anfälligkeit und Anpassung zu verbessern und fundierte Entscheidungen über praktische Anpassungsmaßnahmen zu treffen.

Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung

- Wir unterstützen die zunehmende Bedeutung von Anpassungsmaßnahmen unter lokaler Führung und fordern, dass diese von den am stärksten gefährdeten Gemeinschaften vorangetrieben werden und die lokale Verantwortung fördern müssen.
- Wir fordern, dass Anpassungsmaßnahmen geschlechter-sensitiv, menschenrechtsbasiert und menschenzentriert sein sollten, insbesondere unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen.

7

- Wir fordern mehr Diskussionen darüber, wie der Zugang zu Finanzmitteln, Kapazitäten, Technologien und Informationen auf der niedrigsten geeigneten Ebene verbessert werden kann.
- Wir fordern, dass sich die Vertragsparteien auf konkrete Wege zur Beschleunigung der Anpassungsmaßnahmen einigen, beispielsweise durch eine Arbeitsgruppe für nationale Anpassungspläne, um einige der wichtigsten Herausforderungen zu bewältigen, mit denen staatliche und zivile Akteur:innen derzeit konfrontiert sind.

Monitoring und Evaluierung (M&E) der Fortschritte bei der Verwirklichung des Globalen Ziels für Anpassung (GGA))

- Wir fordern, dass M&E zur Erreichung der GGA partizipatorisch, lokal geführt und mit Blick auf die am meisten gefährdeten Menschen gestaltet wird.
- Wir fordern, dass eine größere Vielfalt an quantitativen und qualitativen Methoden eingesetzt wird, um die Auswirkungen verschiedener anpassungsfördernder Aktivitäten zu verstehen, z. B. Wissensaustausch, Informationsbeschaffung, wie Dialoge mit Interessengruppen und gezielte Umfragen bei Regierungseinrichtungen.
- Wir sind der Meinung, dass die Fortschritte im Zusammenhang mit den aktuellen Erwartungen an die Klimakrise bewertet werden sollten, um Überschätzungen zu vermeiden.

Informierte Entscheidungen zur Anpassung durch das Nairobi-Arbeitsprogramm (NWP)

- Wir fordern, dass Inklusivität, Zugänglichkeit und Transparenz sowohl bei der Vorbereitung als auch bei der Durchführung der NWP-Bestandsaufnahme auf der COP26 zwingend erforderlich sind.
- Wir fordern, dass die NWP-Bestandsaufnahme von einem Einreichungsprozess begleitet wird, um Beiträge von verschiedenen Interessengruppen zu ermöglichen, die durch Leitfragen, Indikatoren und Dialoge (möglicherweise auf regionaler Ebene) mit Expert:innen und der Zivilgesellschaft im Vorfeld der SBSTA56 erleichtert werden. fordern die Einbeziehung von indigenem und lokalem Wissen, zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort, Partnerorganisationen und marginalisierten Gruppen wie Frauen, Kindern und Jugendlichen, damit ihr Engagement und ihre Beiträge zu den Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit den Vertragsparteien im Rahmen des NWP proaktiv gefördert werden.

Menschliche Mobilität als eine Anpassungsstrategie

- Wir fordern, dass die Vertragsparteien die menschliche Mobilität als notwendige Anpassungsstrategie anerkennen.
- Wir fordern, dass politische Antworten, einschließlich nationaler Anpassungspläne, die verschiedenen Kontexte und Arten der menschlichen Mobilität berücksichtigen.
- Anpassungspläne sollten den Druck auf gefährdete Bevölkerungsgruppen verringern, Vertreibungen und die Notwendigkeit einer geplanten Umsiedlung abzuwenden und gleichzeitig die Beteiligung der betroffenen Gemeinschaften ermöglichen

Wir fordern die Vertragsparteien auf, ihre Kapazitäten zur Bewältigung von Migration, Vertreibung und geplanten Umsiedlungen zu verbessern.

Wir fordern den Aufbau von Institutionen und Rahmenwerken, die die Kriterien für Flüchtlinge erweitern, damit betroffene Menschen einen gültigen Anspruch auf den Flüchtlingsstatus haben und die grenzüberschreitende menschliche Mobilität erleichtern.

3 Verluste und Schäden (L&D)

Kontext: L&D bezieht sich auf nachteilige Auswirkungen der Klimakrise, sowohl auf plötzlich auftretende Ereignisse als auch auf langsam einsetzende Prozesse. L&D ist eine Frage der Klimagerechtigkeit, denn die am stärksten betroffenen Gemeinschaften haben oft die geringsten Emissionen und auch die wenigsten Ressourcen, um ihre Widerstandsfähigkeit gegen L&D aufzubauen. Der Finanzbedarf für L&D im Globalen Süden wird auf mehrere hundert Milliarden geschätzt und steigt jährlich an (see Schäfer u. a. 2019: 8). Klimagerechtigkeit erfordert, dass die großen Emittenten die am meisten gefährdeten unterstützen.

Finanzielle Haftung der großen Emittenten für Schäden, die durch den Verbrauch fossiler Brennstoffe verursacht werden!

- Wir fordern, dass die wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Bedürfnisse, die sich aus L&D in den am meisten gefährdeten Ländern und Gemeinschaften ergeben, von den Vertragsparteien, insbesondere aus dem Globalen Norden, im Einklang mit dem Verursacherprinzip durch angemessene und bedarfsgerechte öffentliche Finanzierung gedeckt werden.
- Wir fordern, dass die Mittel für L&D zusätzlich zu den bestehenden Finanzierungszusagen für die Eindämmung und Anpassung und im Verhältnis zu den eigenen historischen und laufenden Emissionen der Finanziers bereitgestellt werden müssen.
- Wir fordern, dass die Jugend eine entscheidende Rolle in allen Diskussionen über L&D spielt, z.B. durch eine Task Force für Klimareparationen¹

Das Santiago-Netz (SNLD) muss auf der COP26 vollständig in Betrieb genommen werden!

- Wir fordern die Parteien auf, die SNLD voll funktionsfähig zu machen, d.h. mit einem eigenen Sekretariat und eigener Finanzierung auszustatten.
- Wir unterstützen die Vorschläge, die in dem Interessengruppen-übergreifenden Aufruf zum Handeln gemacht wurden: "Die Vertragsparteien müssen sicherstellen, dass die SNLD ihre Aufgaben [...] auf der Grundlage der größten Herausforderungen und Lücken erfüllt, mit denen die Entwicklungsländer konfrontiert sind, einschließlich mangelnder Kapazitäten, [...] der Finanzierung und Unterstützung" (see Climate Action Network 2021a).
- Wir schlagen vor, ein jährliches technisches Expert:innentreffen zu L&D bei den intersessionalen Verhandlungen zu veranstalten.

¹mehr Hintergrund dazu hier: (see Loss and Damage Youth Coalition 2019), da junge und zukünftige Generationen am meisten von der Klimakrise betroffen sein werden

Stärkung des Warschauer Internationalen Mechanismus (WIM) für mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht

- Wir fordern, das Mandat des WIM, seine Bemühungen zur Förderung und zum Aufbau von Kapazitäten sowie die institutionellen Vereinbarungen zu stärken.
- Wir fordern, dass die Vertragsparteien den Exekutivausschuss des WIM beauftragen, einen halbjährlichen Bericht über die aktuelle L&D-Finanzierungslücke zu erstellen, der die notwendige Transparenz bietet.
- Wir fordern, dass L&D ein ständiger Tagesordnungspunkt in allen Verhandlungen wird.

Zeit, sich mit allen L&D zu befassen!

- Wir fordern, dass nicht-finanzielle Verluste, z.B. der Verlust von Kultur und Wissen, menschlicher Tod und menschliches Leid sowie die Migration aufgrund des Klimawandels zu einem zentralen Bestandteil von L&D-Überlegungen werden müssen.
- Wir fordern die Vertragsparteien auf, langsam einsetzende Klimaprozesse in den politischen Diskussionen stärker zu berücksichtigen, da sie für immense L&D verantwortlich sind.

4 Klimafinanzierung

Kontext: Die sogenannten Industrieländer versprachen, bis 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar zur Unterstützung von Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern zu mobilisieren. Diese Zusage wurde bisher nicht eingehalten und ist weit davon entfernt, erreicht zu werden (see United Nations 2020; 21 ff.).

Aufstockung der Klimafinanzierung, Erreichen von \$100 Milliarden pro Jahr und mehr!

- Wir fordern die Vertragsparteien auf, die 100 Milliarden Dollar bis zur diesjährigen COP26 endlich zu erreichen und zu überschreiten.
- Wir fordern die deutsche Regierung auf, ihre öffentliche Klimafinanzierung auf ihren fairen Anteil von \$8 Milliarden pro Jahr zu erhöhen.
- Wir fordern, dass die finanziellen Mittel für Minderung und Anpassung gleichmäßig verteilt werden.
- Wir fordern eine Aufstockung der Klimafinanzierung aus zusätzlichen öffentlichen und privaten Quellen, unter Ausschluss von Krediten mit unverhältnismäßig hohen Zinssätzen.

Macht die Klimafinanzierung verlässlich, berechenbar und fair!

Klimafinanzierung darf die Schuldenlast, die Schwellenländer bereits heute tragen, unter keinen Umständen verschärfen.

- Wir fordern die Vertragsparteien auf, sich auf eine globale, umfassende Definition der Klimafinanzierung zu einigen, insbesondere um sie von der so genannten Entwicklungsfinanzierung abzugrenzen².
- Wir fordern die Vertragsparteien auf, die Transparenz bei der Berichterstattung über die Klimafinanzierung im Hinblick auf die Zusammensetzung der bestehenden und zusätzlichen Zahlungen zu erhöhen.
- Wir fordern die Industrieländer nachdrücklich auf, die Zuverlässigkeit und Vorhersehbarkeit der bereitgestellten Finanzmittel zu erhöhen und sicherzustellen. In diesem Zusammenhang sollte die EU umfassende Regelungen für die langfristige Klimafinanzierung entwickeln.
- Wir fordern eine Aufstockung der Klimafinanzierung nach dem Auslaufen der derzeitigen Ziele im Jahr 2025 auf der Grundlage einer realistischen Schätzung der Kosten für Minderungs- und Anpassungsbemühungen sowie der Bewältigung von Verlusten und Schäden.

Klimafinanzierung muss der globalen Klimagerechtigkeit dienen!

- Wir fordern, dass die Mechanismen der Klimafinanzierung gender-senetiv sind und auf den Menschenrechten aufbauen.
- Wir fordern, dass die Klimafinanzierung Ungleichheiten verringert und benachteiligte Bevölkerungsgruppen durch finanzielle Umverteilung auf globaler Ebene stärkt.
- Wir fordern den Ausgleich von Klimaschulden im Sinne einer Übernutzung von Emissionen und Klimaschäden, die der Globale Norden dem Globalen Süden zufügt.
- Wir fordern die Vertragsparteien auf, Anstrengungen zu unternehmen, um den UNFCCC-Finanzierungsmech zugänglicher, inklusiver und transparenter zu machen, unter anderem durch weitere Einbeziehung von Beobachtern.

Die Klimafinanzierung durch den Privatsektor muss erhöht werden, der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen ist überfällig!

- Wir fordern den sofortigen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und allen Aktivitäten, die mit dem neoklassischen Ressourcenabbau zusammenhängen, sowie eine Umverteilung der Finanzmittel zugunsten der Klimagerechtigkeit.
- Wir fordern die privaten Akteur:innen wie Investmentbanken, Privatinvestoren und so genannte Entwicklungsbanken auf, ihr Klimafinanzierungsportfolio deutlich aufzustocken und in Klimaschutz und Anpassung sowie in den Umgang mit L&D zu investieren.
- Wir fordern, dass sich die Banken gleichzeitig von fossilen Brennstoffen und von allen Aktivitäten, die mit neokolonialem Rohstoffextraktivismus zusammenhängen, trennen.
- Private Akteur:innen müssen das interne Bewusstsein von Mitarbeitern und Führungskräften schärfen

²Die so genannte Entwicklungsfinanzierung ist kritisch zu sehen, da durch diesen Begriff ein westlich dominiertes Modell verallgemeinert wird, das eine neokoloniale Weltordnung stärkt.

Wir ermutigen verwandte Einrichtungen wie den Special Climate Change Fund (SCF), den Green Climate Fund (GCF) und die Green Environment Facility (GEF), öffentlich-private Dialoge zu veranstalten, um Synergien zu erkunden.

Besser und grüner zurückkommen!

- Wir sollten als Gesellschaften nicht einfach wieder zum business as usual" zurückkehren, sondern besser und grüner.
- Wir fordern von den Regierungen, dass die gesamte Finanzierung auf Klimaschutz, gerechte und grüne Übergänge ausgerichtet wird.
- Wir drängen darauf, dass weltweit Leitlinien für einen grünen Aufschwung entwickelt werden, wobei die Länder des Globalen Nordens bei der Bereitstellung grüner Investitionen und der gerechten Umstellung von Produktion und Konsum die Führung übernehmen müssen.
- Wir fordern, dass sich die Länder auf eine regelmäßige, transparente und langfristige Dokumentation des globalen Fortschritts des grünen Aufschwungs einigen.
- Wir fordern, den grünen Aufschwung auf vielfältige und multilaterale Weise zu erörtern und dabei die unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten zu berücksichtigen, mit besonderem Augenmerk auf die Unterschiede zwischen den Ländern des globalen Südens und des globalen Nordens.
- Wir fordern, dass die COP26 sich dafür einsetzt, dass alle Wiederherstellungsmaßnahmen nach der Pandemie im Einklang mit dem Pariser Abkommen stehen.

5 Artikel 6

Kontext: In Artikel 6 des Pariser Abkommens wird anerkannt, dass einige Vertragsparteien sich für eine freiwillige Zusammenarbeit bei der Umsetzung ihrer national festgelegten Beiträge entscheiden, um ehrgeizigere Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen zu ermöglichen und eine nachhaltige Entwicklung und Umweltintegrität zu fördern. Zu diesem Zweck werden bilaterale und multilaterale marktbasierte (Artikel 6.2 und 6.4) und nicht marktbasierte Mechanismen (Artikel 6.8) eingeführt (UNFCCC 2015a: 4 f.).

Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung

- Wir fordern, dass Projekte nach Artikel 6 die Rechte der Menschen und insbesondere der indigenen Völker schützen und nicht verletzen.
- Wir fordern die aktive Beteiligung indigener und lokaler Gemeinschaften an der Projektentwicklung.
- Wir fordern eine ganzheitliche Planung von Projekten nach Artikel 6, die den Menschen, der biologischen Vielfalt und dem Klima zugute kommen.

Zentrale Forderungen 13

Integrität der Umwelt

Wir fordern, dass die ökologische Integrität sichergestellt werden muss, damit Artikel 6 wesentlich zu einer Welt unter 1.5°C beitragen kann.

- Wir fordern, dass die folgenden Anforderungen für Vereinbarungen über bilaterale Mechanismen nach Art. 6.2 und multilaterale Mechanismen nach Art. 6.4:
 - Keine Doppelzählung von Emissionsminderungen
 - Kein Handel mit Einsparungen, die ohnehin erzielt worden wären
 - 🐣 Es muss vermieden werden, dass Länder ihre NDCs künstlich niedrig halten
 - Ein reibungsloser Übergang vom Clean Development Mechanism
 - Eine 50%ige Annullierungsrate für in der Vergangenheit gehandelte Emissionszertifikate, so dass die Marktmechanismen unter 6.2 und 6.4 zur Gesamtminderung der Treibhausgasemissionen (OMGE) beitragen
- Wir fordern, dass die Marktmechanismen insgesamt strengen Regeln unterworfen werden sollten

Nicht-marktbasierte Mechanismen

Wir fordern eine spezifische nicht-marktbasierte Zusammenarbeit gemäß Artikel 6.8, um zu zusätzlicher Klimafinanzierung und insbesondere zur Anpassungsfinanzierung beizutragen. Artikel 6.8 sollte Synergien mit anderen Nachhaltigkeitszielen aktiv fördern.

Anpassungsfinanzierung durch Artikel 6.6

Wir fordern, dass mindestens 10 % der Erlöse aus Emissionszertifikaten, die für eine Art. 6.2 oder Art. 6.4 Projektaktivität ausgestellten Emissionsgutschriften sowie die Überschüsse aus den Verwaltungsausgaben in die Anpassungsfinanzierung fließen sollen.

6 Aktion für Klima-Empowerment (ACE)

Kontext: Alle Elemente der ACE (Bildung, Ausbildung, Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen, öffentliches Bewusstsein, öffentliche Beteiligung und internationale Zusammenarbeit) sind der Schlüssel für demokratische und integrative Klimaschutzmaßnahmen. Das Doha-Arbeitsprogramm (DWP) wurde kürzlich überarbeitet, weil sich die Parteien verpflichtet haben, es auf der COP26 fortzusetzen und zu verbessern.

Auf dem Weg zu einem erweiterten Arbeitsprogramm

- Wir fordern die COP26 auf, auf der Überprüfung des DWP durch den SBI-Vorsitzenden und den Co-Facilitator aufzubauen, um den Input der Interessengruppen aufzugreifen und sich auf ein neues Programm zu einigen.
- Wir schlagen vor, dass das neue Arbeitsprogramm einem 8-Jahres-Zeitrahmen folgt, mit einer Halbzeitüberprüfung in Übereinstimmung mit bestehenden internationalen Programmen (z.B. den SDGs und NDCs), so dass alle relevanten Informationen für die anstehenden Entscheidungen im Jahr 2030 vorhanden sein werden.

ACE in der nationalen Politik Vorrang einräumen

- Wir fordern, dass nationale Pläne und verbindliche Ziele mit international vereinbarten Maßstäben für die Verfolgung der Umsetzung und die Berichterstattung über Fortschritte ausgestattet werden.
- Wir fordern, dass ACE eine bereichsübergreifende Priorität in der Klimapolitik und bei den Maßnahmen darstellt, die durch nationale Mechanismen und institutionelle Koordinierung erleichtert wird.

Harmonisierung von ACE auf mehreren Ebenen

- Wir unterstützen eine langfristige Vision, die durch kurzfristige Aktionspläne unterstrichen wird, um den Aufbau von Kapazitäten auf der Grundlage von Wissenschaft und Menschenrechten zu verändern.
- Wir fordern, dass EU-Institutionen und -Organisationen sich bemühen, ihre Programme mit nationalen und internationalen Programmen zu harmonisieren, um eine größere Wirkung zu erzielen.
- Wir erwarten Strategien für die Einbindung subnationaler ACE-Akteur:innen, insbesondere solcher aus gefährdeten und marginalisierten Gemeinschaften.
- Wir fordern, dass die Jugend auf allen Ebenen der Diskussionen über ACE gestärkt wird. Ein erster Schritt könnte darin bestehen, die Ergebnisse des ACE-Jugendforums 2021 anzuerkennen.

Jugend immer integrieren

Wir fordern auf allen Ebenen des Engagements und der Diskussion um ACE, dass die Jugend bewusst einbezogen wird, weil wir zu denjenigen gehören, die "empowered" werden sollen. Wir wünschen, dass Vertragsparteien den Erfolg des ACE-Jugendforums 2021 berücksichtigen, welche zu folgenden Vorschlägen führen (ACE Youth Forum 2021):

- 🧨 ein globaler Aktionsplan für das neue Arbeitsprogramm
- eine ACE-Arbeitsgruppe mit Expert:innen von Staaten und anderen Akteur:innen
- 🗳 ein virtueller Marktplatz für eine ausgewogene und dokumentierte Finanzierung von Projekten
- mehr Unterstützung von nationalen ACE-Kontaktstellen, besonders für Entwicklungsländer ("Focal Points")
- ationale ACE-Jugendkontaktstellen
- eine globale Plattform, die von der UNFCCC betrieben wird und alle ACE-bezogenen Themen miteinander verbindet.

7 Gender

Kontext: Frauen³ Sie sind von den Folgen der Klimakrise stärker betroffen, weil sie bereits durch Ungleichheiten benachteiligt sind. Infolgedessen sind Frauen anfälliger für extreme Wetterereignisse, Hungersnöte oder andere durch die Klimakrise ausgelöste Katastrophen (Oxfam International 2005). Dies ist insbesondere im globalen Süden der Fall. Eine geschlechtersensible und intersektionale Sichtweise kommt in der aktuellen Klimapolitik noch viel zu kurz. Dabei sind vielfältige Perspektiven gerade in einer komplexen und vielschichtigen Debatte um Klimaschutz notwendig.

Nicht-männliche Geschlechter sind besonders betroffen

- Wir fordern, dass die unterschiedliche Intensität der Verwundbarkeit, die durch das Geschlecht beeinflusst wird, ein wichtiger Faktor in den Diskussionen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise ist, insbesondere als Grundlage für Anpassungs- und L&D-Prozesse.
- Wir fordern, dass die Geschlechterperspektive in allen Bereichen der UNFCCC-Prozesse durchgängig berücksichtigt wird und dass die Vertragsparteien sie konsequent in ihrer nationalen Klimapolitik umsetzen.
- Wir erwarten von der EU, dass sie sich für eine geschlechtersensible Klimapolitik stark macht und dass Deutschland die EU dabei unterstützt, die Geschlechterperspektive in den Klimaprozessen sichtbar zu machen.
- Wir erwarten, dass Deutschland diese Perspektive konsequent in die eigene Klimapolitik auf nationaler Ebene integriert und in offiziellen Dokumenten explizit verdeutlicht.

Quantitative Beteiligung nicht-männlicher Geschlechtr

- Wir fordern, dass die Zusammensetzung der an der Klimapolitik Beteiligten sowie die Orte, an denen externes Wissen genutzt wird, so geschlechterparitätisch wie möglich sein müssen.
- Wir fordern, dass die Einbeziehung und das Engagement von Gender-Expert:innen, einschließlich Frauen und geschlechtsspezifischen Gruppen, und nationalen "gender machineries" sichergestellt werden ⁴ während der Aktualisierung und Umsetzung der NDCs (vgl. WGC 2021).

Der Kampf gegen männliche Normen als Grundlage der Klimapolitik

- Wir fordern einen stärkeren Fokus auf den Aufbau von Kapazitäten, um Wissen und Bewusstsein über die Verankerung von männlichen Normen zu schaffen.
- Wir fordern das Sekretariat auf, aktiv in die Aufrechterhaltung von männlichen Normen einzugreifen.

³Disclaimer: In diesem Abschnitt, wie in fast allen anderen, beziehen wir uns auf das biologische Geschlecht und damit auf die Einteilung in männlich und weiblich. Wenn wir hier von Frauen sprechen, liegt das an der Datengrundlage. Allerdings sind alle FLINTA+-Personen von Diskriminierung und anderen genannten Benachteiligungen betroffen.

⁴Der Begriff "gender machineries" bezieht sich in der Regel auf formale Regierungsstrukturen, die mit der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und/oder der Verbesserung des Status und der Rechte von Frauen beauftragt sind.

Aufbau von Fachwissen auf geschlechtersensible Weise

Die Gleichstellung der Geschlechter sollte als bereichsübergreifendes Element in der Klimapolitik berücksichtigt werden, zum Beispiel durch die Erhebung von nach Geschlecht aufgeschlüsselten Daten in Bezug auf bestimmte Sektoren, um Informationen über vorrangige Maßnahmen zu erhalten (vgl. WGC 2021). Wir fordern, dass die EU-Delegation in allen UNFCCC-Prozessen darauf hinwirkt, dass das verwendete Wissen geschlechtersensibel ist oder auf geschlechtersensiblen Daten beruht. Wo dies aufgrund fehlender Daten nicht möglich ist, erwarten wir, dass Anstrengungen unternommen werden, um diese Datenlücken so schnell wie möglich zu schließen.

Fortschritte im Rahmen des Gender-Aktionsplans der Lima-Arbeitsprogramme

- Wir fordern die Vertragsparteien nachdrücklich auf, einen klaren Beschluss oder eine Reihe von Schlussfolgerungen zu fassen, um die Fortschritte im Rahmen des Gender-Aktionsplans voranzutreiben und die in Madrid formulierten Ziele zu erreichen.
- Wir unterstützen die von der Women and Gender Constituency (vgl. WGC 2021) formulierten Forderungen.

8 Lokale Gemeinschaften und indigene Völker

Kontext: Lokale Gemeinschaften und indigene Völker stehen in der Klimakrise an vorderster Front. Sie gehören zu den ersten, die betroffen sind und sein werden. Wichtig ist, dass sie für die Erhaltung der Umwelt verantwortlich sind und daher Lösungen für die Klimakrise bereithalten.

- Wir fordern, dass indigenes und lokales Wissen bei allen Entscheidungsfindungen konsultiert wird und dass die Ergebnisse der jüngsten Treffen der Plattform für lokale Gemeinschaften und indigene Völker (LCIPP) von der COP26 anerkannt und begrüßt werden (UNFCCC 2021).
- Wir fordern, dass indigene und ortsansässige Jugendliche und Frauen als aktive Partner in die Aktivitäten und Arbeitskräfte der LCIPP-Arbeitsgruppe einbezogen werden und dass sie mit Kapazitäten und Finanzmitteln ausgestattet werden.
- Wir fordern die Vertragsparteien auf, die Beiträge indigener und lokaler Gemeinschaften anzuerkennen und ihre Beteiligung an allen Entscheidungsprozessen sicherzustellen.
- Wir fordern die EU und Deutschland auf, sich nachdrücklich für die Anerkennung und Einbeziehung lokaler Gemeinschaften und indigener Völker in internationale klimapolitische Prozesse und darüber hinaus einzusetzen.

9 Angelegenheiten der Least Developed Countries (LDC)

Kontext: Die Vereinten Nationen begannen in den späten 1960er Jahren, den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) besondere Aufmerksamkeit zu widmen, da sie als die schwächsten Mitglieder der internationalen Gemeinschaft anerkannt wurden. Das UNFCCC erkennt die LDC in Artikel 4, Absatz

g an. Die Expert:innengruppe für die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries Expert Group, LEG) wurde 2001 eingerichtet und hat derzeit den Auftrag, technische Beratung und Unterstützung bei der Formulierung und Umsetzung von nationalen Anpassungsplänen (NAPs), nationalen Anpassungsaktionsprogrammen (NAPAs) und der Umsetzung des LDC-Arbeitsprogramms sowie beim Zugang zu Finanzmitteln zu leisten.

- Wir fordern die Vertragsparteien, einschließlich der EU und Deutschlands, nachdrücklich auf, mehr Mittel für den LDC-Fonds bereitzustellen und sich auf zusätzliche Sitze für die LDC in der Expert:innengruppe für die am wenigsten entwickelten Länder (LEG) zu einigen.
- Wir fordern eine Ausweitung des Mandats und der Mittel für die LEG.
- Wir fordern die Bereitstellung zusätzlicher Plattformen für LDC-Vertreter, um ihre Erfahrungen und Interessen in die Entscheidungsfindung einzubringen.
- Wir erwarten von der EU und Deutschland, dass sie die LDCs durch die genannten Maßnahmen politisch unterstützen.

10 Zugänglichkeit und Inklusivität der Klimaverhandlungen

Kontext: Aufgrund der aktuellen Pandemie ist die Zugänglichkeit und damit die Inklusivität der Klimaverhandlungen noch stärker als bisher bedroht, z. B. durch die Frage nach erschwinglichen Unterkünften, Visa usw. Die Präsidentschaft der COP26 versprach, die "inklusivste COP aller Zeiten" zu veranstalten (Brooks 2021).

- Wir fordern die derzeitige britische Präsidentschaft und die kommenden Präsidentschaften auf, dafür zu sorgen, dass nicht nur die Plenarsitzungen, sondern alle Verhandlungen und Nebenveranstaltungen in die UN-Sprachen übersetzt werden.
- Wir fordern die Vertragsparteien auf, Mittel bereitzustellen, damit nicht nur die Privilegiertesten an den internationalen Klimaprozessen teilhaben können.
- Wir fordern das UNFCCC-Sekretariat, die COP-Präsidentschaft und alle Vertragsparteien auf, dass COPs für Menschen mit Behinderungen zugänglich sein müssen.

11 Internationale Klimaprozesse nach 2021

Kontext: Die Umsetzungsfrist des Pariser Abkommens beginnt schließlich 2022. Wir brauchen Visionen für die internationale Klimapolitik und Maßnahmen für die Zeit nach COP26.

Eine neue Vision für die internationale Klimapolitik

- Der globale Wettlauf zur Kohlenstoffneutralität muss beispiellose Maßnahmen und Führungsstärke entfalten.
- Im Rahmen der internationalen Prozesse müssen alle im Pariser Regelwerk eingegangenen Verpflichtungen rasch in regionale und nationale Vorschriften umgesetzt werden.

- Die Mechanismen von z.B. Art. 6 des Pariser Abkommens und des WIM sollten genutzt werden, um die internationale Zusammenarbeit für den Klimaschutz dauerhaft zu stärken.
- Ein verstärkter Fokus sollte auf Fragen der Klimagerechtigkeit und der angemessenen Bewältigung der durch die Klimakrise verursachten L&D sowie auf die Verbesserung der Struktur, Effizienz und Effektivität des WIM gelegt werden.

Die Rolle der COPs neu denken

- Wir fordern die Vertragsparteien nachdrücklich auf, die Zeit zwischen den Runden der globalen Bestandsaufnahme und der Vorlage verbesserter NDCs zu nutzen, um Verpflichtungen zu überarbeiten und zu erneuern, potenzielle Lücken im Pariser Regelwerk zu ermitteln und zu schließen und sich verstärkt auf dringende und übersehene Themen zu konzentrieren.
- Wir fordern die Vertragsparteien nachdrücklich auf, Zeit und Raum zu schaffen, um Gespräche zu fördern und Kräfte zu bündeln.
- Wir fordern die Vertragsparteien nachdrücklich auf, im Rahmen der COPs einen zentralen Raum zu schaffen, in dem Staaten und andere Akteur:innen Best-Practice-Ansätze vorstellen und neue konkrete Zusagen und Initiativen vorlegen können.

Verstärkte und kontinuierliche Beteiligung der Jugend

- Wir fordern, die Jugend noch direkter in die Politikgestaltung nach 2021 auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene einzubeziehen.
- Wir fordern die Parteien auf, die Jugend von Anfang an und kontinuierlich in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, z.B. durch internationale, regionale oder nationale Beiräte zur Verbesserung der NDCs und der Umsetzungsprozesse.
- Wir fordern die EU und die deutsche Delegation auf, eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft an internationalen Klimaprozessen, aber auch auf nationaler und europäischer Ebene im Vorfeld der globalen Gespräche zu unterstützen.
- Wir fordern von der COP26, Inklusion und Zugänglichkeit zu den Klimaverhandlungen zu erleichtern - jetzt und in Zukunft!

Quellenverzeichnis

ACE Youth Forum (2021). *Action for Climate Empowerment Youth Forum. Impact Report*. URL: https://ea1d58b5-d301-4826-859a-7c572eabd659.filesusr.com/ugd/30c7ed_27a3059cd6de47e7b8fbbb73ee731b8b.pdf. (accessed 07 October 2021).

- Brooks, Libby (2021). *Scottish campaigners condemn COP26 as 'the most exclusionary ever'*. URL: https://www.theguardian.com/environment/2021/sep/0g/scottish-campaigners-condemn-cop26-as-the-most-exclusionary-ever-accommodation. (accessed 07 October 2021).
- Climate Action Network (2021a). *Call for Action on the operationalisation of an effective Santiago Network on Loss and Damage*. URL: https://climatenetwork.org/wp-content/uploads/2021/04/Call-for-Action_Santiago-Network-on-Loss-and-Damage_April-2021-17.pdf. (accessed 07 October 2021).
- (2021b). CAN Intervention: Sources of input for the Global Stocktake under the Paris Agreement. URL: https://climatenetwork.org/resource/can-intervention-sources-of-input-for-the-global-stocktake-under-the-paris-agreement-june-2021/. (accessed 07 October 2021).
- Loss and Damage Youth Coalition (2019). *Youth Demands for the G7 Summit*. URL: https://ldyouth.org/2021/06/10/youth-demands-for-the-g7-summit/. (accessed 07 October 2021).
- Oxfam International (2005). *The tsunami's impact on women, Oxfam Briefing Note*. URL: https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/115038/bn-tsunami-impact-on-women-250305-en.pdf. (accessed 07 October 2021).
- Schäfer, L. und V. Künzel (2019). Steps torwards closing the Loss&Damage finance gap. Recommendations for COP25, Germanwatch. URL: https://germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/Policy%20Briefing_Steps%20towards%20closing%20the%20Loss%26Damage%20finance%20gap_0.pdf. (accessed 07 October 2021).
- UNFCCC (2021). Summary of the work of the constituted bodies during the first half of 2021 input to the Informal Dialogue with the constituted bodies. URL: https://unfccc.int/sites/default/files/resource/KCl%20_%20FWG_summary%20of%20work%20in%202021.pdf. (accessed 07 October 2021).
- United Nations (2020). *Delivering on the 100 Billion Climate Finance Commitment and transforming Climate Finance*. URL: https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/100_billion_climate_finance_report.pdf. (accessed 09 October 2021) September 2021).
- Yanguas Parra, P. und et al. (2019). *Global and regional coal phase-out requirements of the Paris Agreement: Insights of the IPCC Special Report on 1.5 C, Climate Analytics*. URL: https://climateanalytics.org/media/report_coal_phase_out_2019.pdf. (accessed og October 2021).

20 Impressum

Impressum

Herausgeber

Klimadelegation e. V. Sauerbruchstraße 45 45470 Mülheim an der Ruhr policy@klimadelegation.de www.klimadelegation.de

Autor:innen Frederike Ahrens, Bjarne Behrens, Stella Eick, Clara von Glasow, Pia Jorks, Robert Kämmer, Romie Niedermayer, Mark Offermann, Hannah-Sofie Springer, Annika Stechemesser, Lisa Steinwandel, Julius Schlumberger, Niklas Wagner, Johanna Zabel

Konsultierte Jugend-Expert:innen Saher Baig (Pakistan), Hailey Campbell (USA), Elizabeth Gulugulu (Zimbabwe), Kelly Guevara (Peru), Ati Gunnawi Viviam Misslin Villafaña Izquierdo (Community der Arhuacos, Columbia) Cathy Lee (UK/China), Sivendra Michael (Fiji), Maria Azul Schvartzman (Argentina), Tarran Simms (Bahamas), Chiagozie Udeh (Nigeria), Irfan Ullah (Pakistan)

Editor:innen Bjarne Behrens, Anna Braam, Stella Eick, Tobias Holle, Pia Jorks, Robert Kämmer

Layout Julian Hirschmann, Anna Kirchner, Julius Schlumberger

Oktober 2021 Erstveröffentlichung 15. Oktober 2021, aktuelle Version: 24. Oktober 2021

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des BMZ







Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Klimadelegation e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Engagement Global gGmbH und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.